Morgen-Ausgabe
mit illustriertem Sportblatt

Preis 30 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Sonntag, 31. Juli 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107 941.

Nr. 354
A 103 C 18

Tages-Spiegel.

Briand hat dem englischen Botschafter in Paris die französische Antwort auf die letzte englische Note überreicht.

*

London und Paris haben an General Le Rond gemeinsame Weisungen über die Zusammenarbeit der alliierten Truppen gerichtet.

*

Der italienische Außenminister della Torretta sprach sich gegen die französische Truppensendung nach Oberschlesien aus.

*

Nach Warschauer Meldungen erklärte Witos im Sejm, Polen könne sich im Falle einer ungünstigen Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gebunden fühlen.

*

Reichskanzler Dr. Wirth beabsichtigt, in Bremen über Oberschlesien zu sprechen; Minister Hermes begibt sich morgen in die Pfalz.

*

Der thüringische Landtag hat sich nach dem Rücktritt der Landesregierung aufgelöst.

*

Für Deutschland ist ein weiterer Kredit von 50 Millionen Goldmark in Holland beschafft worden.

Rede des Reichskanzlers in Bremen.

Reise des Ministers Hermes in die Pfalz.

Wie uns von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt Reichskanzler Dr. Wirth an einem der nächsten Tage in einer großen Versammlung in Bremen über Oberschlesien zu sprechen. Ein bestimmtes Programm ist aber, wie verlautet, noch nicht festgesetzt.

Der Reichsernährungsminister Hermes begibt sich am Montag in die Pfalz. In seiner Begleitung werden sich der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Huber und Geheimrat Jaffe, der Leiter der Außeneinfuhrabteilung des Reichsernährungsministeriums, der selbst früher das Referat für die besetzten Gebiete im Ministerium inne hatte, befinden. Zweck der Reise des Ministers ist, mit den Regierungsstellen und Provinzialbehörden des besetzten Gebietes der Pfalz, Rheinhessens und des Regierungsbezirks Wiesbaden sich in persönliche Verbindung zu setzen und mit den Vertretungen aller Berufs- und Bevölkerungskreise dieser Gebiete in persönliche Fühlung zu treten, um ihre Wünsche auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft entgegen zu nehmen. Besondere Aufmerksamkeit will der Reichsernährungsminister dabei dem Weinbaugebiet der Pfalz, Rheinhessens und des Rheingaues widmen. Außerdem wird die Reise mit einer Reihe von Besichtigungen auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft sowie wichtiger gewerblicher Betriebe verbunden sein, so der Walzmühle Ludwigshafen, der Zuckerfabrik Frankenthal und des Stickstoffwerkes Oppau.

Reichskabinett und Steuerfrage.

Das Reichskabinett hat auch am gestrigen Sonnabend die am Freitag aufgenommenen Beratungen über die neuen Steuern weitergeführt, ohne sie indes zum Abschluß zu bringen. Sie werden am Montag fortgesetzt werden. Wenn von einzelnen Zeitungen bereits Einzelheiten über das Ergebnis dieser Beratungen mitgeteilt werden, so handelt es sich hierbei nur um Kombinationen, da, wie von uns bereits mitgeteilt, Mitteilungen darüber erst nach Abschluß der Beratungen gemacht werden sollen.

Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete.

I. Paris, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Botschafterrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der deutschen Regierung betreffs der Ernennung des Fürsten Hatzfeld zum Reichskommissar für das besetzte Gebiet mitzuteilen, daß der Posten eines Reichskommissars in den Bestimmungen über die Rheinlande, die dem Versailler Friedensvertrag angegliedert seien, nicht vorgesehen sei. Die Alliierten würden die durch die Anfrage der deutschen Regierung aufgeworfene Frage berücksichtigen, jedoch lediglich unter der Bedingung, daß der neue Reichskommissar keine systematische Obstruktion wie sein Vorgänger betreibe und loyal mit den alliierten Behörden im Rheinlande zu wirken gedenke.

Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen.

■ Basel, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Wolff-Meldung über Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über den Abschluß eines sogenannten Schieds- und Vergleichsvertrages zur Regelung der zwischen den beiden Regierungen schwebenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, bemerkt die schweizerische Depeschenagentur:

Es ist richtig, daß zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung Besprechungen über den Abschluß eines allgemeinen Schiedsvertrages eingeleitet worden sind. Dabei handelt es sich aber nicht um die Regelung von bereits bestehenden Streitfragen, die tatsächlich nicht bestehen, sondern um die Lösung von eventuell auftretenden Meinungsverschiedenheiten, die nicht auf anderem Wege gelöst werden können.

Um den Termin der Abrüstungskonferenz.

New York, 30. Juli. (T.U.) Der Korrespondent der „Tribune" in Washington meldet, daß die Botschafter Englands und Japans bei Hughes die Vertagung der Konferenz von Washington beantragt haben. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß die amerikanische Regierung wahrscheinlich gezwungen sein wird, die Konferenz bis zum Frühjahr zu vertagen.

Erweiterung des Goldmarkkredits.

Die Reichsbank teilt uns mit, daß sie durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn & Co. Amsterdam, einen ferneren Kredit von 50 Millionen Goldmark beschafft hat. Die Gesamtsumme der durch Mendelssohn & Co. beschafften Kredite erhöht sich damit auf 250 Millionen Goldmark.

*

Schon am 12. Juli teilte die Reichsbank mit, daß 10 Millionen Goldmark auf diesem Wege der Vermittlung beschafft worden sind. Am 22. Juli wurde der Abschluß eines weiteren Kredits von 50 Millionen Goldmark bekannt. Beide Male wurde der amtlichen Meldung hinzugefügt: Verhandlungen wegen weiterer Kredite schweben. Dieser Zusatz fehlt der jetzt vorliegenden Meldung, so daß man daraus schließen könnte, die Kreditverhandlungen — soweit sie durch das Bankhaus Mendelssohn & Co. vermittelt wurden — seien jetzt zum Abschluß gelangt.

In der ersten Meldung wurde bereits betont, daß die Zahlung von einer Milliarde Goldmark, die am 31. August zur Ablieferung gebracht werden muß, durch diese Kredite eine sehr willkommene Ergänzung erfahren hat. Die Erfüllung der Verpflichtungen sei als gesichert anzusehen. Weitere Reparationszahlungen seien dann während des Jahres 1921 in Devisen nicht mehr zu leisten (wohl aber noch in Sachleistungen).

Die Entwicklung des Devisenmarktes in Deutschland zeigt allerdings, daß die Zahlungen mit großen Opfern für den Wert der Reichsmark und für eine ruhige Entwicklung der Wirtschaft erkauft werden mußten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die erhebliche Verschlechterung, die die Reichsmark während des ganzen Monats Juli erfahren hat, direkt oder indirekt mit den Reparationszahlungen verquickt war. Bis zum kritischen 12. Juli war die Reichsmark in New York auf einem Stand von 1,30 Cents angelangt. Sie erholte sich infolge der überraschenden ersten Meldung über die Kredite auf 1,34 Cents, gab dann aber im weiteren Verlaufe des Monats unaufhaltsam und nur durch geringe Schwankungen unterbrochen auf 1,23 Cents (Freitag) nach. Dies ist der tiefste Stand der Reichsmark im ganzen Jahre. Deutlich zeigt sich der schwere Druck, der durch die Zahlung einer Reparationsmilliarde auf der deutschen Wirtschaft lastete, in dieser Ziffer. Zu einer Gefahr aber wird der Niedergang der Mark im jetzigen Augenblick durch die drohende Futtermittelnot. Bei normaler Entwicklung unserer Wirtschaft, das heißt bei einer stabilen und sich langsam bessernden Valuta, würde es zweifellos gelungen sein, erhebliche Mengen ausländischer Futtermittel zu annehmbaren Preisen aus dem Auslande zu beschaffen und damit den Landwirten die Möglichkeit zu geben, einen großen Teil der Viehaufzucht dieses Jahres über den Winter zu halten. Leider scheint dies durch die ungünstige Entwicklung der Devisen und durch die damit zusammenhängenden fortgesetzten Steigerungen der Futtermittelpreise nunmehr vereitelt zu werden. Die Landwirtschaft wird mehr denn je in diesem Jahre auf die eigenen Futtermittel, so knapp diese in einzelnen Gebieten des Reiches auch ausfallen, angewiesen sein. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat man diese Gefahr sofort erkannt und, wie wir im gestrigen Abendblatt berichteten, die Maßnahmen beraten, die nun getroffen werden müssen. Diese Maßnahmen erstrecken sich lediglich auf die eigene Wirtschaft und lassen eine Versorgung mit Futtermitteln aus dem Auslande ganz außer acht. Damit bestätigt es sich, daß aus dem Auslande in dieser Beziehung nichts zu hoffen ist.

Aus der verhältnismäßig langen Dauer, welche die Vermittlung des 250-Millionen-Goldmarkkredits in Anspruch nahm, gewinnt man den Eindruck, wie schwer es gewesen ist, diese Kredite zu erlangen. Die Amsterdamer Niederlassung des Hauses Mendelssohn & Co. spielte nur den Vermittler, die eigentlichen Geldgeber sollen nach Andeutungen, die in der Presse gegeben wurden, ein internationales Konsortium sein, in welchem auch Bankhäuser der Entente-Staaten vertreten sind. Die erste Reparationsmilliarde ist gesichert. Ganz unklar aber muß es erscheinen, ob ein derartiger Druck, wie er in diesem Jahre von uns ausgehalten werden muß, in den nächsten Jahren überhaupt ertragen werden und ob er gar, wie es die Entente verlangt, eine weitere Verschärfung erfahren kann. Die schmale Futtermittelernte dieses Jahres schwächt die deutsche Landwirtschaft in ihrer Produktion für ein ganzes Jahr. In der Zwischenzeit verteuert sich unsere Lebenshaltung, damit unsere Produktionskraft in der Industrie und die Sicherstellung unserer Finanzen. Ob das nächste Jahr die Reparationszahlungen mit Ach und Krach hereinbringen wird, das muß heute noch als ganz ungewiß angesehen werden.

Eine ungelöste Frage ist es, zu welchen Bedingungen die oben erwähnten Kredite abgeschlossen sind. Ihre Laufzeit ist nicht bekannt, ebensowenig ist bisher etwas darüber verlautet, ob deutscherseits dabei besondere Verpflichtungen übernommen worden sind. Bemerkenswert sind aber in diesem Zusammenhange folgende beiden Anfragen, die der Reichstagsabgeordnete van den Kerkhoff in Velbert nach einer Mitteilung des Eisen- und Stahlwaren-Industriebundes in Elberfeld an die Regierung gerichtet hat: „Mit Bezug auf das holländische Kreditabkommen frage ich hierdurch an, ob es zutreffend ist, daß 1. wir gehalten sind, 6 Monate lang monatlich eine größere Menge Steinkohlen zum Weltmarktpreise von Holland zurückzunehmen, die Holland früher von uns zum Inlandpreise bezogen [illegible] 2. wir der holländischen Regierung etwa 6 Monate lang eine größere Menge Steinkohlen geliefert haben, als wir sie vertragsmäßig zu liefern hatten? Ich bitte um schriftliche Antwort."

Die Kabelverteilung.

Washington, 30. Juli. (W.T.B.) Der Staatssekretär Hughes gab die Erklärung ab, daß das ehemalige deutsche Kabel zwischen den Inseln Guam und Yap wahrscheinlich den Vereinigten Staaten zugeteilt werden würde.

Die Kompromißbemühungen.

Briands Antwort überreicht.

I. Paris, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Briand hat heute vormittag den englischen Botschafter in London, Lord Hardinge, empfangen, mit ihm die in der Regelung begriffenen Fragen besprochen und ihm die Antwort der französischen Regierung auf gewisse Punkte des englischen Memorandums vom 28. Juli überreicht.

Nach der Besprechung wurde ein Communiqué ausgegeben, in dem erklärt wird, daß im völligen Einvernehmen zwischen England und Frankreich dem französischen General Le Rond in Oppeln Instruktionen erteilt worden seien, die im Hinblick auf die baldige Zusammenkunft des Obersten Rates ein Zusammenwirken der alliierten Truppen in Oberschlesien bestätigen und sicherstellen, um auf diese Weise jeden Aufstandsversuch von polnischer oder deutscher Seite niederwerfen zu können.

Briand hat heute vormittag ferner dem englischen Botschafter in großen Zügen dargelegt, daß es notwendig sei, die englisch-französische Einigkeit aufrechtzuerhalten, und daß es möglich sei, zu einem Kompromiß zu gelangen, wenn auf beiden Seiten der Wille zur Verständigung bestünde.

Der Kompromiß wird sich voraussichtlich auf den Artikel 375 des Friedensvertrages von Versailles beziehen, demzufolge Deutschland den ihm von einer alliierten Macht erteilten Auftrag zur Sicherstellung von Truppentransporten auszuführen hat. Briand hat darauf hingewiesen, daß es gut sei, daß England und Italien sich dem französischen Schritt in Berlin anschlössen und darauf bestünden, daß Deutschland die für die Truppentransporte notwendigen Maßnahmen ergreife.

Schließlich hat Briand auseinandergesetzt, daß Frankreich mit dem Zusammentritt des Obersten Rates am 4. August einverstanden sei, es sei denn, daß die parlamentarische Lage Englands oder Italiens den Zusammentritt um einige Tage verzögern würde. Endlich wünscht die französische Regierung, daß auf der ersten Sitzung des Obersten Rates die Frage der Verstärkungen sowohl was ihre Art als auch ihre Zahl anlangt, besprochen werden soll.

Frankreich nähert sich dem englischen Standpunkt.

I. N. S. London, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Nach den Erklärungen amtlicher Kreise ist in den englisch-französischen Unstimmigkeiten über die oberschlesische Frage eine vollständige Entwirrung eingetreten. Die Franzosen nahmen den englischen Standpunkt an, obgleich mit Rücksicht auf das französische Selbstbewußtsein ihnen einige unbedeutende Zugeständnisse gemacht wurden.**

Torretta gegen die französische Truppensendung.

Rp. Rom, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Heute fand in der parlamentarischen Kommission eine wichtige Besprechung statt. De Marini (der italienische Vertreter in der I. A. K.) erläuterte an der Hand reichen Materials eingehend die Lage in Oberschlesien. Der Minister des Aeußeren, de Torretta, betonte, die Regierung sei gegen die Sendung französischer Truppen nach Oberschlesien, wolle aber auch keine neuen italienischen Truppen dorthin senden. Bonomi hat sich entschlossen, an der Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen, ließ aber in London mitteilen, er könne zum 4. August nicht abkommen.**

Polens Allmacht.

Warschau, 30. Juli. (T. U.)

In der gestrigen Sitzung des Sejm erklärte Ministerpräsident Witos in Beantwortung der Interpellation über die auswärtige Lage, daß der augenblickliche Stand der oberschlesischen Angelegenheit nicht dazu angetan sei, Polen zu befriedigen.

Wenn der Oberste Rat in seiner Sitzung vom 4. August eine Entscheidung treffen sollte, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwiderliefe und die polnischen Interessen gefährde, sehe sich die polnische Regierung gezwungen, sich hinsichtlich der Erfüllung der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien freie Hand vorzubehalten.

In Warschauer politischen Kreisen haben diese Erklärungen große Beunruhigung hervorgerufen und sind Gegenstand andauernder Beratungen. Besonders die Möglichkeit der Unterstellung des Industriereviers unter interalliierte Verwaltung verursacht große Erregung.

Ultimatum und Deutsche Volkspartei

Von
Dr. Gustav Stresemann, M. d. R.

Zu den in den Tagen der Annahme des Londoner Ultimatums mit der englischen Regierung geführten Verhandlungen schreibt uns Herr Abgeordneter Dr. Stresemann auf unsere Anfrage aus seinem Sommerurlaub folgendes:

Aus einer Anfrage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ersehe ich, daß die französische und englische Presse lebhafte Erörterungen über die von mir mit der englischen Botschaft in der Zeit der Annahme des Ultimatums geführten Verhandlungen anstellt. Dem Wunsch der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", authentisch, festzustellen, um was es sich damals gehandelt hat, komme ich gern nach, obwohl ich annahm, daß die damaligen Vorgänge bekannt wären.

Die Anregung, festzustellen, ob bei Annahme des Ultimatums Zugeständnisse der Entente, namentlich wegen der Aufgabe der Sanktionen und betreffs Oberschlesiens zu erlangen sein würden, ist von mir in der interfraktionellen Besprechung am Sonntag, den 8. Mai, zur Sprache gebracht worden. Aus den Erklärungen des Zentrums in dieser Sitzung ging hervor, daß die Zentrumsfraktion geschlossen für die Annahme des Ultimatums eintreten würde. Damit war die Annahme des Ultimatums selbst als gesichert anzusehen. Gegenüber dieser Situation empfahl ich, zum mindesten nicht bedingungslos das Ultimatum hinzunehmen, sondern über vier von mir gestellte Fragen eine Antwort der Entente herbeizuführen. Am Schluß der Beratung habe ich diese vier Fragen formuliert und betont, daß ohne eine unbedingte Zustimmung, namentlich zu den entscheidenden Fragen der Aufhebung der Sanktionen und der oberschlesischen Frage, gar nicht daran zu denken wäre, daß die Deutsche Volkspartei von ihrer ablehnenden Stellung gegenüber dem Ultimatum abginge. Ob die Fraktion selbst bei Zustimmung der Entente zu diesen vier Punkten für die Annahme zu gewinnen gewesen wäre, konnte ich nicht wissen, da der Gedanke dieser Bedingungen erst während der Sonntagsverhandlungen von mir angenommen wurde, nachdem die Gefahr einer bedingungslosen Annahme des Ultimatums nahe gerückt war.

Hieraus ergibt sich bereits, wie töricht die Darstellung einiger sozialistischer Blätter ist, die davon sprechen, daß ich als Reichskanzlerkandidat eine Festlegung der Entente als Stütze für ein von mir zu bildendes Kabinett gesucht, aber das Pech gehabt hätte, daß die von mir ersehnte Antwort zu spät eingetroffen sei. Als Kandidat für den Reichskanzlerposten bin ich lange Zeit vor diesem Sonntag genannt worden. Hätte ich die Absicht gehabt, mir in dieser Weise eine Plattform für ein Kabinett zu schaffen, das dem Ultimatum zustimmte, so hätte ich nicht bis zum 8. Mai zu warten brauchen, ehe ich diese Anfragen formulierte. Ich habe offen in Gegenwart des Kabinetts und in einer von allen Regierungsparteien besuchten Sitzung diesen Vorschlag vorgebracht. Da er leider nicht allgemein Zustimmung fand, sondern aus den Verhandlungen hervorging, daß die Zentrumsfraktion uneingeschränkt ihr Ja aussprechen würde, wurde diese Verhandlung nicht seitens der Regierungsparteien geführt, sondern es blieb mir nur übrig, persönlich eine Stellungnahme herbeizuführen, soweit dies innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit noch möglich war.

Da die französische Regierung sich in der oberschlesischen Frage meiner Meinung nach vollkommen festgelegt hatte, so habe ich mit ihr über diese Fragen keine Verhandlungen gepflogen.

Ich habe unter Bezugnahme auf die Bedeutung, welche die Stellungnahme der Entente zu diesen Fragen für die Deutsche Volkspartei haben würde, sie zur Beantwortung dem ersten Botschaftsrat der englischen Botschaft — der Botschafter Lord d'Abernon war damals gar nicht in Berlin anwesend — überreicht.

Wie in der Erklärung, die die Fraktion der Deutschen Volkspartei am 10. Mai abends abgab, bereits festgestellt wurde, war bis zu dieser Stunde eine Rückäußerung der befragten Regierung nicht eingetroffen. Dem inzwischen zurückgekehrten englischen Botschafter Lord d'Abernon hatte Herr Schiffer die ihm bekannten Fragen persönlich vorgelegt und übermittelte mir als Fraktionsvorsitzenden am Abend des 9. Mai zunächst die persönliche Stellungnahme des britischen Botschafters zu diesen Fragen. Die damals gegebene Antwort schien der Fraktion und mir nicht genügend, um daraufhin von unserer ablehnenden Stellung zum Ultimatum abzugehen.

Die offizielle Antwort traf einen Tag nach Annahme des Ultimatums ein und wurde mir von dem britischen Botschafter mündlich eröffnet. Die Antwort war in bezug auf die Stellungnahme der englischen Regierung zu der Frage der Aufhebung der Sanktionen einwandfrei zufriedenstellend, betonte bezüglich Oberschlesiens die Bedeutung der deutschen wirtschaftlichen Interessen, deren sich England bewußt sei, und verwies im übrigen auf eine loyale und gerechte Anwendung des Friedensvertrages von Versailles. Zufriedenstellend war, was die englische Stellungnahme anbetrifft, weiter die Antwort der britischen Regierung wegen der beiden weiteren Fragen, die sich auf wirtschaftliche Bestimmungen des Ultimatums bezogen.

Ich habe den in Berlin noch anwesenden Fraktionsmitgliedern von dieser Antwort Kenntnis gegeben. Die ganze Aktion und die Stellungnahme der englischen Regierung waren auch Gegenstand der Erörterung in der Zentralvorstandssitzung der Partei in Hamburg. Auch die deutsche Presse hat kurz nach der Annahme des Ultimatums zu diesen ganz allgemein bekannt gewordenen Verhandlungen Stellung genommen.

Ich verstehe deshalb nicht, weshalb die jetzige Veröffentlichung dieser Verhandlungen im „New York Herald", wie es scheint, in französischen und englischen Kreisen als eine Art von Sensation wirkt. Wie mir mitgeteilt wird, ist auch ein Dementi der englischen Regierung erschienen, worin gesagt wird, daß Lloyd George in bezug auf die in der englischen Antwort behandelten Fragen weder mit mir noch mit einem anderen deutschen Politiker oder Staatsmann in Unterhandlungen gestanden hätte. Das ist zutreffend. Von einem Briefwechsel zwischen Lloyd George und mir, wie es in der amerikanischen Darstellung lauten soll, war keine Rede. Der Austausch von Frage und Antwort vollzog sich in der dargestellten Weise einer an die englische Botschaft gerichteten und von ihr im Auftrage des englischen auswärtigen Amts in der Form eines Memorandums beantworteten Anfrage.

Der tote Punkt überwunden?

I. Paris, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Blätter sind heute der Ansicht, daß eine französisch-englische Entspannung zu verzeichnen sei. Die offiziösen Blätter weisen vor allem darauf hin, daß Frankreich mit seinem Schritt in Berlin am 16. Juli nicht einen Befehl erteilt habe, sondern lediglich eine Warnung, und daß Frankreich diesen Schritt erst unternommen habe, nachdem die französische Regierung im Besitz der Berichte der drei alliierten Oberkommissare in Oberschlesien war. Bezüglich dieses Berichtes habe die englische Regierung jetzt erklärt, daß der englische Oberkommissar Stuart etwas unterzeichnet habe, was er nicht verstanden hätte.

Der „Temps" schreibt, daß der tote Punkt in den französisch-englischen Verhandlungen endlich überschritten worden sei. Dann macht das Blatt der französischen Regierung einige Vorwürfe und meint, daß sie durch ihr Sondervorgehen am 16. Juli eine Spannung geschaffen habe, die sie hätte vermeiden können, wenn sie sich vorher an die englische Regierung gewandt und ihr mitgeteilt hätte, was sie zu unternehmen gedenke.

Einige Blätter, besonders der „Intransigeant" setzen ihre Angriffe gegen Lloyd George fort. Das Blatt erklärt, die oberschlesische Frage sei keine Kleinigkeit, sondern Oberschlesien sei das Kriegsarsenal für Deutschland, in dem es seinen zukünftigen Krieg vorbereiten könne. Es sei notwendig, die oberschlesische Angelegenheit endlich klarzustellen. Von einem Bruch zwischen den Alliierten wolle man in Frankreich nichts wissen, jedoch sei man der wankelmütigen Haltung Lloyd Georges und seiner Umgebung überdrüssig. Das „Journal des Debats" meint, daß man erst am Beginn der Konflikte stehe. Die eigentlichen Kämpfe dürften im Obersten Rat selbst entbrennen, wenn es sich darum handeln werde, in der Aufteilung des oberschlesischen Gebietes selbst zu einer Einigung zu gelangen.

Die Sitzung des Obersten Rates.

London, 30. Juli. (W. T. B.) **Wie Reuter erfährt, erscheint es als sehr wahrscheinlich, daß der Oberste Rat doch am 4. August zusammentreten wird.**

Eine Rede Lloyd Georges.

I. N. S. London, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Lloyd George hielt heute in Thame eine Rede, worin er u. a. sagte: „Wir sind einzig und allein darum besorgt, daß die Verbündeten nicht durch einen unklugen und brutalen Gebrauch ihrer Macht dazu beitragen, daß die Wurzeln für einen künftigen großen Zusammenstoß tiefer greifen. Wir müssen uns vorsehen, daß wir unseren Kindern nicht das Vermächtnis eines intensiven Hasses hinterlassen, der eines Tages ausbrechen könnte, um unser Glück zu zerstören und die Welt in eine Wildnis verwandelt, in der der Mensch als ein Wanderer herumirrt unter den Trümmern der Zivilisation."

Dementi der tschechischen Truppenkonzentrierung.

Prag, 30. Juli. (Tschechoslowakisches Pressebureau.) In reichsdeutschen Blättern sind Meldungen über eine onzentrierung tschechoslowakischer Truppen an den deutschen Grenzen, über die Abhaltung großer Manöver unter französischem Kommando und über eine Verstärkung der Grenzgarnisonen erschienen. Die Blätter bezeichneten dies als gegen Deutschland getroffene Vorbereitungen. Das Tschechoslowakische Pressebureau ist ermächtigt, zu erklären, daß diese Meldungen unbegründet seien.

Die „Belehrung" des Abgeordneten Erkelenz.

Düsseldorf, 30. Juli. (W. T. B.) Heute morgen erschienen in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Erkelenz (Demokrat) drei französische Geheimpolizisten und erklärten ihn für verhaftet. Er wurde vor die französische Besatzungsbehörde gebracht, wo ihm der Zivilkommissar erklärte, er habe den Auftrag, ihn wegen seiner Anfang Juli im „Berliner Tageblatt" und in der „Grenzlandskorrespondenz" erschienenen Artikel zu belehren.

Die „Belehrung" ging dahin, daß die Behauptung, die Arbeitslosigkeit am Rhein sei eine Folge der Sanktionen, falsch sei. Das ergäbe sich schon daraus, daß in allen Staaten Arbeitslosigkeit herrsche. Auch andere Angaben von Erkelenz wurden als nicht zutreffend dargestellt. Bezüglich der 83 Ausweisungen wurde mitgeteilt, daß nur 19 davon auf politische Gründe zurückzuführen, die anderen aber im Interesse der Besatzungsbehörden aus hygienischen Gründen erfolgt seien.

Der Kommissar bestritt auch, daß überhaupt eine Verhaftung des Abgeordneten stattgefunden habe, er sei lediglich gebeten worden, zu erscheinen. Durch Gegenüberstellung mit dem Führer der Geheimpolizisten wurde festgestellt, daß dieser die Verhaftung ausdrücklich ausgesprochen hat. Schließlich wurde der Abgeordnete entlassen, nachdem der Kommissar erklärt hatte, es handle sich bei dem Geheimpolizisten um einen jungen Beamten.

Der Stapellauf der „Oberschlesien".

tr. Kiel, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Heute um 1 Uhr lief, wie angekündigt, auf der Germaniawerft das Motortankschiff „Oberschlesien" für die Reederei Hugo Stinnes vom Stapel. Von Oberschlesien waren zugegen der frühere Plebiszitkommissar Urbanek und der jetzige Propagandachef Lukaschek. Der letztere hielt die Taufrede.

Katastrophenpolitik.

Von
O. G. v. Wesendonk.

Vor sieben Jahren war am 31. Juli die ganze Welt von fieberhafter Spannung erfüllt. Genau einen Monat nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand zu Serajewo war die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien erfolgt. Rußland machte darauf nicht nur seine gegen Oesterreich bestimmten Streitkräfte, sondern die gesamte russische Armee mobil, was Deutschland veranlaßte, am 31. Juli 1914 ein Ultimatum an die Petersburger Regierung zu richten. Es war dies eine notwendige Maßnahme des Selbstschutzes. Nachdem das Zarenreich seine gewaltigen Truppenmassen einmal in Bewegung gesetzt hatte, war kein Aufhalten mehr. Die Weltkatastrophe brach herein. Als nach mehr als vierjährigem Krieg, der allmählich fast alle Völker des Erdballs gegen Deutschland und seine Bundesgenossen vereinigte, das Ende des Ringens eintrat, lagen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und das Türkische Reich am Boden, aber außer ihnen war noch ein Besiegter da, Rußland, dessen kurzsichtige Machthaber den Anlaß zum Weltbrand gegeben hatten. Nach einem Waffenstillstande, der die Mittelmächte wehrlos den Gegnern preisgab, kam am 28. Juni 1919, dem Jahrestage des Anschlags auf Franz Ferdinand, der Friedensvertrag von Versailles zustande. Dieser und die anderen Friedensschlüsse, die nach dem Wunsche von Paris und London die Welt verteilten, sollten angeblich eine neue Aera der Völkerverständigung einleiten, so hieß es wenigstens in den Kundgebungen der leitenden Staatsmänner. Aber der leitende Geist jener Verträge war, soweit die europäischen Verhältnisse in Betracht kamen, Georges Clemenceau, und Clemenceaus Geist macht sich in den Friedensschlüssen an jeder Stelle geltend; sie sind Erzeugnisse — des Hasses und nicht der Gerechtigkeit. Zudem blieben ihnen zwei der gewaltigsten Komplexe der Erde fern, die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Den Präsidenten Wilson, der das deutsche Volk dazu verleitet hatte, an eine gerechte Beendigung des Krieges zu glauben, zwang das gesunde Empfinden des amerikanischen Volkes, von einer weiteren Einmischung in die europäischen Verhältnisse abzusehen. Unter der Verantwortlichkeit der auf der ererbten amerikanischen Ueberlieferung aufbauenden republikanischen Partei will Amerika jetzt hinsichtlich des Friedens mit Deutschland seinen eigenen Weg gehen. Darüber hinaus verfolgt Präsident Harding den Plan, denjenigen Reibungsstoff, der den nächsten Zusammenprall auslösen könnte, durch eine Einschränkung der Flottenrüstungen zu verringern. Der heutige Machthaber im Weißen Hause geht von praktischen Erwägungen aus. Er will nicht wesenlosen Idealen nachjagen, sondern versuchen, tatsächlich etwas zur Beruhigung der Welt zu tun. Erst als zweite Etappe denkt er daran, eine wirkliche Völkergemeinschaft zu schaffen, die nicht, wie der Genfer Völkerbund, auf dem Rechte des Siegers beruht.

Rußland, das nach dem Sturze des Zarentums in die Schrecken der Anarchie gestürzt wurde, steht heute innerlich vor den größten Schwierigkeiten. Seine Expansionskraft nach außen ist so gut wie völlig gehemmt, aber die Hungersnot, die in Rußland wütet und anscheinend immer stärkere Formen anzunehmen droht, scheint eine Bewegung hervorzurufen, die wie eine Art Völkerwanderung anmutet. Fanatische Sekten, die fernen Zielen nachstrebten, sind von jeher auf russischem Boden bekannt. Das dumpfe Streben des russischen Volkes nach Erlösung von den Leiden der Gegenwart erhielt oft genug in scheinbar sinnlosem Umherirren Ausdruck. Vor einer solchen Bewegung, deren Wellen sich nach Westen ebensogut wie nach Osten ergießen können, steht Rußland heute vielleicht.

Soweit nicht die Bajonette und Geschütze der Entente reichen, herrscht in fast allen Teilen der Welt die Furie des Krieges weiter. Rußland hat sie kennen gelernt, in Kleinasien stürmen die Heere der Griechen und Türken aufeinander los, während die Sieger aus dem Weltkrieg unfähig sind, dem Hüten Einhalt zu gebieten. In Europa selbst sieht sich England genötigt, den jahrhundertealten Krieg gegen die Iren fortzuführen. Polnische Aufrührer, bewußt unterstützt von den Franzosen, setzen sich in Oberschlesien über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinweg, dessen strenge Einhaltung nur von Deutschland gefordert wird. Clemenceau hat dieses Friedenswerk die Fortsetzung des Krieges mit anderen Waffen genannt. Er hat es damit richtig gekennzeichnet.

Eine Anzahl Idealisten, deren ernster Glaube an die Möglichkeit einer dauernden Ausschaltung des Blutvergießens nicht angezweifelt werden soll, gedenkt heute in Berlin unter der Parole „Nie wieder Krieg" eine Kundgebung zu veranstalten. Und das in einer Zeit, da Frankreich uns tagtäglich daran erinnert, daß wir ohne Rüstung und Wehr, nur geschützt durch Verträge, rettungslos dazu verurteilt sind, ein Opfer unserer mächtigeren Nachbarn zu werden. In jeder Regung deutschen Selbstbewußtseins gibt der Franzose vor, „alldeutschen" Geist zu erblicken. Alldeutsch, ein Begriff, der auf Grund der gegnerischen Hetze dem Ausland weit geläufiger ist als dem deutschen Volk, ist es, wenn Deutschland es wagt, sich auf den Versailler Vertrag zu berufen und wenn es sich weigert, den Boden des Reichs auf Geheiß von Paris für ungerechtfertigte Truppenverschiebungen der Franzosen herzugeben. Alldeutsch ist es natürlich auch, daß das deutsche Volk sich über die Leiden der schutzlos den Korfantyschen Raubscharen preisgegebenen Volksgenossen empört, alldeutsch ist es ebenso, wenn die Leiden und Nöte der Oesterreicher in Deutschland Widerhall finden und wenn das deutsche Volk den Anschluß der nur durch die Zufälligkeiten der Geschichte vom Reich getrennten Oesterreicher für deren einzige Rettung erachtet.

Daß die Sehnsucht nach Frieden in Deutschland groß ist und daß Deutschland nicht an Rache denkt, sondern nur in ruhiger Arbeit die Wunden des Krieges heilen möchte, ist eine Tatsache, die in Frankreich geflissentlich übersehen wird. Dort will man Deutschland, wenn **es sich dem Geheiß der Zwingherren an den**